Publikation der Schweizerischen Volkspartei Baar

Ausgabe Mai 2021

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

aktuell

www.svp-baar.ch

Wenn der erste Eindruck täuscht

Liebe Baarerinnen
Liebe Baarer

Am 13. Juni kommen zwei Initiativen zur Abstimmung, die auch unsere lokalen Bauernfamilien mit viel zu radikalen Forderungen gefährden. Die beiden Agrarinitiativen scheinen auf den ersten Blick ähnlich und tönen gar nicht schlecht. Die eine trägt den Titel «Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung», die andere nennt sich «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide».

Mogelpackung Trinkwasserinitiative

Insbesondere die Trinkwasserinitiative ist aber eine Mogelpackung, die der Umwelt mehr schadet als nützt. Ihr einziger Ansatzpunkt sind die Direktzahlungen. Direktzahlungen erhalten nur jene Bauernbetriebe, die den sogenannten ökologischen Leistungsnachweis einhalten. Dieser umfasst über das Gesetz hinausgehende Anforderungen wie etwa, dass jeder Betrieb eine Mindestfläche für die Förderung der Biodiversität ausscheidet, eine ausgeglichene Düngerbilanz hat oder den Boden angemessen schützt. Die Initiative will die Direktzahlungen nun an weitere einschneidende Bedingungen knüpfen. Die erste ist, dass die Betriebe keine Pestizide einsetzen dürfen. Pestizide können sowohl synthetischen oder natürlichen Ursprungs sein. Damit ist klar, dass die Mittel im Biolandbau mitbetroffen sind.

Ganz ohne Pflanzenschutzmittel ist eine Landwirtschaft nicht möglich, die vom Verkauf ihrer pflanzlichen Kulturen lebt. Denn trotz Vorsorgemassnahmen können je nach Wetter Krankheiten oder Schädlinge die Ernten massiv reduzieren oder zu einem Totalausfall führen. Die einheimische Produktion und in der Folge der Selbstversorgungsgrad würden – das bestätigt eine Studie der eidg. Forschungsanstalt Agroscope – massiv sinken. Um unseren Bedarf zu decken, müssten wir also mehr Lebensmittel importieren. Da ausländische Produkte aber weniger nachhaltig produziert sind, ist der Effekt für die Umwelt gesamthaft negativ.

Kein Futterzukauf

Genauso wenig Sinn macht die zweite Hauptforderung der Trinkwasserinitiative: Nur betriebseigenes Futter. Ein Bauer dürfte von seinem viehlosen Nachbarn kein Heu mehr kaufen. Noch unsinniger wird es, wenn wir an die Geflügelhaltung denken. Geflügelfleisch und Schweizer Eier sind im Trend. Hühner sind keine Grasfresser. Sie brauchen Energie aus Getreidekörnern gemischt mit Eiweissträgern. Hühner könnten also in Zukunft nur noch im Mittelland auf Betrieben mit viel Ackerfläche gehalten werden. Die Alternative: Das Pouletfleisch und die Eier importieren. Der Effekt für die Umwelt ist gesamthaft wiederum negativ.

Pestizidfrei-Initiative mit weitreichenden Folgen

Die Volksinitiative «Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide» will den Einsatz von synthetischen Pflanzenschutzmitteln gesamthaft verbieten. Zudem beinhaltet die Vorlage ein Importverbot für Lebensmittel, die mithilfe synthetischer Pestizide hergestellt wurden. Die Schweizer Bevölkerung könnte nur noch Bioprodukte pflanzlicher Herkunft kaufen. Ihre Ausgaben fürs Essen würden sich folglich stark erhöhen und die exportorientierte Verarbeitungsindustrie würde sich ins Ausland verlagern. Doch immerhin ist die Initiative konsequent, weil sie die gleichen Anforderungen auch an die importierten Lebensmittel stellt. Allerdings sind die Auflagen an die Importe nicht WTO-konform.

Die Landwirtschaft nimmt die von den Initiativen angesprochenen Themen ernst. Sie anerkennt Handlungsbedarf. Sie unterstützte die nun verabschiedete parlamentarische Initiative Absenkpfad und arbeitet bereits an deren Umsetzung. Ja, es besteht ein Bedarf, die Umwelt noch besser zu schützen und negative Effekte zu minimieren. Aber passen wir auf, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten! Deshalb 2x Nein am 13. Juni. Weil ich unseren Zuger Bauernfamilien vertraue und ihre Zukunft nicht gefährden will.

Michael Riboni, Kantonsrat

BUCHEN SIE JENNY REISEN BEI PROFIS

JENNY REISEN AG
Dorfstrasse 2 - 6340 Baar
+41 41 440 78 77
info@jenny-reisen.ch | www.jenny-reisen.ch

Werden Sie SVP-Mitglied

Möchten Sie sich ebenfalls politisch engagieren? Werden Sie Mitglied der SVP Baar! Weitere Informationen finden Sie auf unserer Webseite **www.svp-baar.ch** oder wenden Sie sich an unseren **Präsidenten Adrian Rogger:** Tel. 079/ 797 12 69 oder **a.rogger@bluewin.ch**.

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Hinweis: Dies ist eine politische Publikation. Politische, gemeinnützige und amtliche Mitteilungen fallen nicht unter das Werbeverbot. Diese werden deshalb in alle Haushaltungen verteilt.

Das Rahmenabkommen missachtet die Unabhängigkeit der Schweiz und die Rechte des Schweizer Volkes

Das Institutionelle Abkommen (InstA) ist die Neuauflage des vom Volk abgelehnten Kolonialvertrags EWR. Die Verpflichtung zur automatischen EU-Rechtsübernahme und die Übernahme der EU-Gerichtsbarkeit (EuGH) sind existenzielle Verstösse gegen unsere Verfassung und verletzen die tragenden Grundwerte der Eidgenossenschaft.

12 Gründe für ein Nein

Erstens führt das InstA die Schweiz schleichend in die EU, ohne dass das Volk über einen EU-Beitritt abstimmen kann. Zweitens wird damit die Schweizer Politik inklusive Regelung der Zuwanderung und Zugang zu unseren Sozialversicherungen in weiten Teilen durch die EU diktiert. Drittens wird der schweizerische Gesetzgeber, d.h. Volk, Stände und Parlament, ausgeschaltet: Die EU ordnet an, die Schweiz vollzieht. Das InstA beendet den bilateralen Weg auf Augenhöhe. Viertens entscheidet im InstA letztlich der EuGH bei Streitigkeiten. Damit unterwirft sich die Schweiz dem Gericht der Gegenpartei. Fünftens wird mit dem InstA die Personenfreizügigkeit noch ausgebaut. Die Schweiz müsste beim Zugang zu ihren Sozialversicherungen exorbitante Kosten übernehmen. Sechstens würde die Ausschaffung hunderter verurteilter krimineller EU-Bürger verunmöglicht. Siebtens würde das InstA die Rechtssicherheit in der Schweiz massiv verschlechtern, weil sich die Schweiz auf Gedeih und Verderb in grossen Teilen der Rechtssetzung der EU ausliefern würde. Achtens verlangt die EU im InstA sog. Kohäsionszahlungen als «Zutrittsgebühr für den EU-Binnenmarkt», ohne dass die Schweiz aus Äquivalenzgründen ebenfalls eine «Zutrittsgebühr zum Schweizer Binnenmarkt» von der EU verlangen würde. Neuntens sieht das InstA «Ausgleichsmassnahmen bis hin zur Suspendierung der betroffenen Abkommen» vor, sollte Volk oder Parlament die Übernahme einer EU-Bestimmung ablehnen. Zehntens würde die Regelung mit weiteren Guillotineklauseln den Vertrag praktisch unkündbar machen. Elftens würde das Verbot der staatlichen Beihilfen unseren Föderalismus sowie die Kantons- und Gemeindeautonomie vollständig untergraben. Und zwölftens würde der schädliche InstA-Mechanismus auch beim Freihandelsabkommen mit der EU zur Anwendung kommen.

Das InstA missachtet die Unabhängigkeit des Landes, die Rechte des Schweizer Volkes, die Neutralität und den Föderalismus. In Konsequenz gefährdet es die Schweizer Wohlfahrt. Das InstA käme einer Preisgabe der Schweiz gleich. Der EU ist unmissverständlich darzulegen, dass die Schweiz an guten bilateralen Beziehungen auf Augenhöhe interessiert ist, aber keinen Vertrag unterschreiben kann, der gegen den Zweckartikel der Bundesverfassung verstösst, welcher die Unabhängigkeit des Landes und die Rechte des Volkes garantiert.

Thomas Aeschi
Nationalrat und
SVP Schweiz Fraktionspräsident

SERVICE &
REPARATUR
VON ALLEN
MARKEN

Nutzfahrzeuge
Anhänger
Personenwagen

Risi Service AG
Gulmmatt
6340 Baar

risiserviceag.ch
info@risiserviceag.ch
041 766 99 55

RISI
Service AG

Klima retten auf Kosten des Normalbürgers?

Kaum verwunderlich, dass ein Parlament, welches seit den letzten Stände- und Nationalratswahlen derart nach links gerutscht ist, das Leben der Bürger verteuert. Die grüne Ideologie gehört in Bern mittlerweile zur Tagesordnung. Dass grüne Politik dem Bürger ans Portemonnaie geht, zeigt das neue CO_2-Gesetz. Dieses ist ungerecht und nutzlos, vor allem aber mit Mehrausgaben und Verboten verbunden.

Ungerecht behandelt werden vor allem diejenigen, die abseits wohnen und keine ÖV-Haltestelle vor dem Haus haben. Und auch wenn die Haltestelle in der Nähe wäre, kann es immer noch sein, dass der Bus diese nur einmal in der Stunde anfährt. Gerade solche Menschen sind auf das Auto angewiesen. Zudem darf auch nicht vergessen werden, dass es auch heute noch viele Berufe gibt, für die ein Auto benötigt wird. Oder sollen etwa vollgepackte Handwerker zukünftig mit dem öffentlichen Verkehr anreisen? Die Personen, die auf das Auto angewiesen sind, müssten mit dem neuen CO_2-Gesetz viel tiefer in die Tasche greifen. Bis zu 12 Rappen teurer soll der Liter Benzin/Diesel werden. Dies sind mehr als 7 Franken pro Tankfüllung bei einem 60-Liter Tank.

Der CO_2-Austoss der Schweiz entspricht nicht mal 1% des weltweiten CO_2-Ausstosses. Zudem verhalten sich noch lange nicht alle Staaten so vorbildlich wie wir. Lohnt es sich daher einen derart grossen Bürokratieapparat zu schaffen, wenn die neuen Bestimmungen so gut wie nichts zur Verbesserung des globalen Klimas beisteuern? Mit einem derart kleinen Flächenanteil wie jenem der Schweiz, ist es schlussendlich unmöglich, Grossverbrauchern wie China oder Indien nur ansatzweise entgegenzuwirken. Deshalb kann das neue Gesetz auch als «nutzlos» angesehen werden.

Schweizerinnen und Schweizer wird das neue Gesetz finanziell belasten. Einerseits mit den bereits erwähnten 12 Rappen pro Liter Benzin/Diesel. Andererseits kommen Flugzeugabgaben von bis zu 120 Franken pro Flug dazu. Zu guter Letzt soll auch noch die Steuer auf Gas und Heizöl verdoppelt werden. Das heisst also, dass Ihr Leben zu Hause, auf dem Arbeitsweg oder in den Ferien teurer wird. Für eine vierköpfige Familie kann dies Ende Jahr Mehrkosten von bis zu 1'000 Franken nach sich ziehen. Hart arbeitende Schweizerinnen und Schweizer wären die Leidtragenden und könnten sich nach der Abstimmung noch weniger leisten als bisher. Ich stimme deshalb am 13. Juni NEIN zum missratenen CO_2-Gesetz.

Hans Küng, Kantonsrat

Impressum

Herausgeber: Schweizerische Volkspartei SVP Baar, Postfach 1607, 6341 Baar **Redaktion:** Michael Riboni, Thomas Aeschi, Hans Küng, Georg Meyer **Photos:** zvg **Auflage:** 13'500 Exemplare in alle Briefkästen der Gemeinde Baar verteilt
© 2021, SVP Baar Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Redaktion.

Spenden:
Unterstützen Sie die SVP mit einer Spende, damit wir uns weiterhin für eine unabhängige und sichere Schweiz sowie für weniger Steuern, Gebühren und Abgaben einsetzen können. Besten Dank. Bankverbindung SVP Baar: Credit Suisse AG, Dorfstrasse 13, 6341 Baar; IBAN Nummer: CH81 0483 5094 0889 3100 0 oder via unseren TWINT Account: +41 79 940 95 09.

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP
Die Partei des Mittelstandes

Ihr Partner – Vom Vorplatz bis zur Autobahn

Strassenbau
Tiefbau
Gartenbau

VONPLON

Vonplon Strassenbau AG · Blegistrasse 25 · 6340 Baar · T: 041 760 16 16 · info@vonplon.ch

Nicht überall wo bürgerlich drauf steht, ist auch bürgerlich drin

Andere Parteien machen Umfragen, wofür sie stehen sollen. Für die SVP Baar ist und bleibt es klar: Wir stehen für ein sicheres, familien- und gewerbefreundliches Baar, für die direkte Demokratie und für eine Politik, welche die Anliegen der Bevölkerung ernst nimmt. Wir kämpfen für einen sinn- und massvollen Umgang mit den von unseren Bürgern hart verdienten Steuerfranken und für eine starke, unabhängige und neutrale Schweiz. Während andere von sich behaupten für bürgerliche Politik zu stehen, setzen wir diese konsequent um. Jahr für Jahr plädieren wir für eine weitsichtige und vernünftige Finanzpolitik, die nicht jedes Mal in zweistelligen Millionenüberschüssen für die Gemeindekasse mündet. Denn letztlich dienen diese Überschüsse dem Gemeinderat dazu, Aufstockungen der Auslandhilfe oder andere Begehrlichkeiten zu begründen.

Noch vor der Corona-Krise forderten wir von der SVP Baar mittels einer Motion ein Gebührenmoratorium für fünf Jahre. Anstatt diesen Steilpass aufzunehmen, erklärte der Gemeinderat die Motion für ungültig. Gebühren seien Sache des Gemeinderates, so die Begründung. Der Gemeinderat sicherte uns aber schriftlich zu, dass keine Gebührenerhöhungen geplant seien. Kurze Zeit später, nach Beginn der Corona-Krise, stellte der Gemeinderat dann aber das neue Parkplatzbewirtschaftungskonzept vor, welches diverse Gebührenerhöhungen beinhaltete. Unsere Petition gegen diese gewerbefeindliche Gebührenerhöhung mitten in einer Krise, unterzeichnet von 639 Baarerinnen und Baarern, wurde vom Gemeinderat schlicht ignoriert.

Unser Vorschlag, den Steuerrabatt von 2020 auch im Jahr 2021 weiterzuführen, um die von COVID-19 gebeutelten Bürger und Gewerbebetriebe finanziell zu entlasten, wurde ebenfalls abgelehnt, obwohl ein solcher Steuerrabatt für die Gemeinde Baar mit ihren über 200 Millionen Franken Reserven und über 100 Millionen Franken Überschüssen in den letzten Jahren absolut tragbar gewesen wäre.

Man sollte meinen, mit fünf Gemeinderäten aus den - gemäss eigenen Aussagen - «bürgerlichen» Parteien FDP und CVP sollten Gebühren- und de facto Steuererhöhungen in wirtschaftlichen Krisenzeiten unmöglich sein. Es zeigt sich klar, dass ohne die SVP im Gemeinderat eine echte bürgerliche Kraft fehlt.

Wir nehmen die Bedenken der Bevölkerung ernst und kämpfen dafür, dass der Gemeinderat dies ebenso tut. Man gewinnt nicht immer, aber der Kampf lohnt sich - wie sich beispielsweise bei den von uns geführten Einsprachen gegen das geplante Asylzentrum Obermühle zeigte.

Zu viele Politiker denken leider nur an die nächste Wahl. Unsere Bürger hingegen denken an die nächsten Generationen. Darum setzen wir uns auch weiterhin unermüdlich dafür ein, die demokratischen Rechte der Baarerinnen und Baarer zu stärken und ihren Stimmen in der Politik Nachdruck zu verleihen.

Georg Meyer
SVP-Vertreter in der Finanzkommission

Volksabstimmung vom 13. Juni 2021

Volksinitiative vom 18. Januar 2018 **«Für sauberes Trinkwasser und gesunde Nahrung – Keine Subventionen für den Pestizid- und den prophylaktischen Antibiotika-Einsatz»**	**Nein**
Volksinitiative vom 25. Mai 2018 **«Für eine Schweiz ohne synthetische Pestizide»**	**Nein**
Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die gesetzlichen Grundlagen für die Verordnungen des Bundesrates zur **Bewältigung der Covid-19-Epidemie** (Covid-19-Gesetz)	**Stimmfreigabe**
Bundesgesetz vom 25. September 2020 über die **Verminderung von Treibhausgasemissionen** (CO_2-Gesetz)	**Nein**
Bundesgesetz vom 25. September 2020 über **polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus** (PMT)	**Ja**

www.svp-baar.ch

Liken und folgen Sie uns auf Facebook facebook.com/SVPBaar/

AUTO & CARROSSERIE HALEF

Kompetent und fachgerecht für Unfallreparaturen aller Marken

Blickensdorferstrasse 2a
6340 Baar
Tel. 041 760 39 37
www.carrosserie-halef.ch
E-Mail: carrosserie.halef@bluewin.ch

Fachbetrieb ***carrosserie suisse***

Und jetzt ? . . .
direkt zum Fachmann!